

Antrag auf  Ersterteilung  Erweiterung einer Fahrerlaubnis für Kraftfahrzeuge der Klasse(n)

Geburtsdatum:	
Familienname:	
ggf. Geburtsname:	
Vorname:	
Geburtsort:	
Staatsangehörigkeit:	
Straße, Hausnummer:	
PLZ, Wohnort:	
Telefon-Nr.:	

- |                             |                              |                              |                             |                                |
|-----------------------------|------------------------------|------------------------------|-----------------------------|--------------------------------|
| <input type="checkbox"/> AM | <input type="checkbox"/> B   | <input type="checkbox"/> C   | <input type="checkbox"/> D  | <input type="checkbox"/> B96   |
| <input type="checkbox"/> A1 | <input type="checkbox"/> BE  | <input type="checkbox"/> CE  | <input type="checkbox"/> DE | <input type="checkbox"/> CE/79 |
| <input type="checkbox"/> A2 | <input type="checkbox"/> C1  | <input type="checkbox"/> D1  | <input type="checkbox"/> L  | <input type="checkbox"/> B196  |
| <input type="checkbox"/> A  | <input type="checkbox"/> C1E | <input type="checkbox"/> D1E | <input type="checkbox"/> T  | <input type="checkbox"/> B197  |

- begleitetes Fahren ab 17 Jahren
- Eintragung Schlüsselzahl 95
- Aufstiegsprüfung  A1→A2  A2→A

Ausbildende Fahrschule:  
**Holger Corban**  
**Hochstiftfahrschule**  
**Barkhäuserstr. 32**  
**33142 Büren**

Ich bin bereits im Besitz folgender Fahrerlaubnis:

- Fahrerlaubnis aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Union (EU) oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR)
- Fahrerlaubnis aus einem anderen Staat: \_\_\_\_\_
- Eine EU/EWR-Fahrerlaubnis ist mir am \_\_\_\_\_ vom \_\_\_\_\_  
 versagt /  entzogen worden.
- Eine EU/EWR-Fahrerlaubnis ist am \_\_\_\_\_ in \_\_\_\_\_ beantragt worden.

Hiermit verzichte ich für den Fall der Erteilung einer entsprechenden deutschen Fahrerlaubnis unwiderruflich auf die oben bezeichnete mir erteilte bzw. von mir beantragte EU-/EWR-Fahrerlaubnis.

**Körperliche oder geistige Mängel**

(z. B. schwere Formen von Sehschwächen, Farbuntüchtigkeit, Nachtblindheit, Einäugigkeit, Hirnverletzung, Schlaganfall, schwere Herz- und/oder Kreislauferkrankungen, Diabetes Mellitus, Anfallsleiden, psychische Störungen, Alkohol-, Arzneimittel- oder Drogenmissbrauch, Schwerhörigkeit, Taubheit, Amputation, Körperbehinderungen, Lähmungen)

- habe bzw. hatte ich keine**
- habe /  hatte ich folgende:** \_\_\_\_\_

(Die Beantwortung von Fragen über den Gesundheitszustand ist freiwillig. Bei späterem Bekanntwerden von Eignungsmängeln behalte ich mir jedoch die Anordnung weiterer Maßnahmen zur Überprüfung der Kraftfahreignung vor.)

- Ich beantrage die Ablegung der theoretischen Prüfung mittels Audio-Unterstützung
- Ich beantrage die Ablegung der theoretischen Prüfung in folgender Fremdsprache: \_\_\_\_\_  
 (Bitte hierzu eine gesonderte Begründung abgeben)

Ich bin damit einverstanden, dass sich dieser Antrag (ggf. auch für einzelne Fahrerlaubnisklassen) erledigt hat, wenn die Befähigungsprüfung (§ 7 Prüfungsrichtlinie) nicht innerhalb eines Jahres nach Antragstellung abgelegt wird oder aus von mir zu vertretenden Gründen nicht abgeschlossen werden kann. Auf einen diesbezüglichen Bescheid verzichte ich.

Die Erhebung personenbezogener Daten ist für die Antragsbearbeitung erforderlich und erfolgt gemäß den gesetzlichen Bestimmungen (§§ 48-63 StVG, §§ 57-65 FahlG, §§ 11-17 FPersV). Auf das Merkblatt „Informationen zum Datenschutz“ wird verwiesen (onlineabrufbar auf der Internetseite des Straßenverkehrsamtes [www.kreis-paderborn.de/kreis\\_paderborn/buergerservice/amtsverzeichnis/aemter/36-strassenverkehrsamt.php](http://www.kreis-paderborn.de/kreis_paderborn/buergerservice/amtsverzeichnis/aemter/36-strassenverkehrsamt.php)).

\_\_\_\_\_  
 Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
 Unterschrift

## Information zu Ihrem Antrag

Folgende Unterlagen sind vorzulegen:

- Führungszeugnis – zur Vorlage bei einer Behörde**, zu beantragen bei dem für Sie zuständigen Einwohnermeldeamt. Erforderlich bei einem Antrag auf Neuerteilung und bei erstmaliger Erteilung oder Verlängerung einer Fahrerlaubnis der Klassen D, D1, DE und D1E.
- Kopie des **Personalausweises** (Vor- u. Rückseite) bzw. Kopie des Reisepasses
- biometrisches Passfoto** (35 mm x 45 mm) aus neuester Zeit
- Sehtestbescheinigung** – Klasse A, A1, B, BE, M, L oder T – nicht älter als 2 Jahre (§ 12 Abs. 2 i.V.m. § 21 Abs. 3 Nr. 3 FeV)
- Nachweis über die Ausbildung in „Erster Hilfe“**  
Nicht erforderlich, sofern eine Fahrerlaubnis der Klasse 2 erstmalig nach dem 01.08.1969 oder eine Fahrerlaubnis der Klassen C / D (einschl. Unterklassen) nach dem 31.12.1998 erworben wurde.
- augenfachärztliches Gutachten** bei einem Antrag auf Erteilung oder Verlängerung der Klassen C, C1, CE, C1E (§ 12 Abs. 6 i.V.m. § 21 Abs. 3 Nr. 4 FeV)
- Bescheinigung über die ärztliche Untersuchung** bei einem Antrag auf Erteilung einer Fahrerlaubnis oder Verlängerung der Klassen C, C1, CE, C1E (nach dem Muster der Anlage 5 Nr. 1 zu § 11 Abs. 9 FeV)
- Anlagen 1 und 2**, auszufüllen von den gesetzlichen Vertretern, bzw. Begleitpersonen der/des Antragstellerin/s, sowie eine Kopie des Führerscheins und des Personalausweises der Begleitpersonen
- Erstmalige Erteilung der Fahrerlaubnis der Klasse D, D1, DE und D1E u. Verlängerung **ab dem 50. Lebensjahr:**  
Betriebs- oder arbeitsmedizinisches Gutachten (s. Anlage 5 Nr. 2 zu § 11 Abs. 9 FeV), Bescheinigung über die ärztliche Untersuchung (nach dem Muster der Anlage 5 Nr. 1 zu § 11 Abs. 9 FeV) und augenfachärztliches Gutachten (§ 12 Abs. 6 i.V.m. § 21 Abs. 3 Nr. 4 FeV)
- Verlängerung der Fahrerlaubnis der Klasse D, D1, DE und D1E **bis zur Vollendung des 50 Lebensjahres:**  
Bescheinigung über die ärztliche Untersuchung (nach dem Muster der Anlage 5 Nr. 1 zu § 11 Abs. 9 FeV), augenfachärztliches Gutachten (§ 12 Abs. 6 i.V.m. § 21 Abs. 3 Nr. 4 FeV)
- Bescheinigung über die Teilnahme an einer **Fahrschulung** für die Zuteilung einer Fahrerlaubnis der Kl. B mit der Schlüsselzahl 96 oder 196



Unterschriftsfeld für den Kartenführerschein

# Allgemeine Geschäftsbedingungen der Hochstiftfahrschule Corban

## 1 Geltung

**Die Leistungen der Fahrschule erfolgen ausschließlich aufgrund dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen. Diese sind Bestandteil des Vertrags, die die Fahrschule mit dem Fahrschüler zum Zwecke der Fahrchülersausbildung schließt. Das Personal der Fahrschule ist nicht berechtigt, mündliche Vereinbarungen mit dem Kunden zu treffen, durch die diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen geändert oder ergänzt werden.**

### Bestandteil der Ausbildung

Die Fahrschulausbildung umfasst theoretischen und praktischen Fahrunterricht.

### Schriftlicher Ausbildungsvertrag

Sie erfolgt aufgrund eines schriftlichen Ausbildungsvertrages.

### Rechtliche Grundlagen der Ausbildung

Der Unterricht wird aufgrund der geltenden gesetzlichen Bestimmungen und der auf ihnen beruhenden Rechtsverordnungen, namentlich der Fahrschulausbildungsordnung, erteilt. Im Übrigen gelten die nachstehenden Bedingungen, die Bestandteil des Ausbildungsvertrages sind.

### Beendigung der Ausbildung

Die Ausbildung endet mit der bestandenen Fahrerlaubnisprüfung, in jedem Fall nach Ablauf von einem Jahr seit Abschluss des Ausbildungsvertrages.

Wird das Ausbildungsverhältnis nach Beendigung fortgesetzt, so sind die angebotenen Leistungen der Fahrschule maßgeblich, die durch den nach §32 FahrlG bestimmten Preisaushang zum Zeitpunkt der Fortsetzung des Ausbildungsvertrages ausgewiesen sind. Hierauf hat die Fahrschule bei Fortsetzung hinzuweisen.

### Eignungsmängel des Fahrschülers

Stellt sich nach Abschluss des Ausbildungsvertrages heraus, dass der Fahrschüler die notwendigen körperlichen, oder geistigen Anforderungen für den Erwerb der Fahrerlaubnis nicht erfüllt, so ist für die Leistungen der Fahrschule Ziffer 6 anzuwenden.

## 2 Entgelte Preisaushang

Die im Ausbildungsvertrag zu vereinbarenden Entgelte haben den durch Aushang in der Fahrschule bekannten zu entsprechen.

## 3 Grundbetrag und Leistungen

a) Mit dem Grundbetrag werden abgegolten:

Die allgemeinen Aufwendungen der Fahrschule sowie die Erteilung des theoretischen Unterrichts und erforderliche Vorprüfungen. Erhebung von Teilgrundbeträgen bei Nichtbestehen der theoretischen oder praktischen Prüfung. Für die weitere Ausbildung im Falle des Nichtbestehens der theoretischen Prüfung ist die Fahrschule berechtigt, den hierfür im Ausbildungsvertrag vereinbarten Teilgrundbetrag zu berechnen, höchstens aber die Hälfte des Grundbetrages der jeweiligen Klasse; die Erhebung eines Teilgrundbetrages nach nicht bestandener praktischer Prüfung ist unzulässig.

Entgelt für Fahrstunden und Leistungen

b) Mit dem Entgelt für die Fahrstunde von 45 Minuten Dauer werden abgegolten:

Die Kosten für das Ausbildungsfahrzeug, einschließlich der Fahrzeugversicherungen sowie die Erteilung des praktischen Fahrunterrichts.

Absage von Fahrstunden/Benachrichtigungsfrist

Kann der Fahrschüler eine vereinbarte Fahrstunde nicht einhalten, so ist die Fahrschule unverzüglich zu verständigen. Werden vereinbarte Fahrstunden nicht mindestens 2 Werkzeuge vor dem vereinbarten Termin abgesagt, ist die Fahrschule berechtigt, eine Ausfallentschädigung für vom Fahrschüler nicht wahrgenommene Fahrstunden in Höhe von drei Vierteln des Fahrstundenentgeltes zu verlangen. Dem Fahrschüler bleibt der Nachweis vorbehalten, ein Schaden sei nicht oder in wesentlich geringerer Höhe entstanden.

Entgelt für die Vorstellung zur Prüfung und Leistungen

c) Mit dem Entgelt für die Vorstellung zur Prüfung werden abgegolten:

Die theoretische und die praktische Prüfungsvorstellung einschließlich der Prüfungsfahrt. Bei Wiederholungsprüfungen wird das Entgelt, wie im Ausbildungsvertrag vereinbart, erhoben.

## 4 Zahlungsbedingungen

Soweit nichts anderen vereinbart ist, werden der Grundbetrag bei Abschluss des Ausbildungsvertrages, das Entgelt für die Fahrstunde vor Antritt derselben, der Betrag für die Vorstellung zur Prüfung zusammen mit eventuell verauslagten Verwaltungs- und Prüfungsgebühren spätestens 3 Werkzeuge vor der Prüfung fällig.

Leistungsverweigerung bei Nichtausgleich der Forderungen wird das Entgelt nicht zur Fälligkeit bezahlt, so kann die Fahrschule die Fortsetzung der Ausbildung sowie die Anmeldung und Vorstellung zur Prüfung bis zum Ausgleich der Forderungen verweigern.

## Entgeltentrichtung bei Fortsetzung der Ausbildung

Das Entgelt für eine eventuell erforderliche weitere theoretische Ausbildung (Ziffer 3a, Abs. 2) ist vor Beginn derselben zu entrichten.

## Aufrechnung und Zurückbehaltung

Der Fahrschüler darf mit eigenen Ansprüchen gegen Ansprüche der Fahrschule nur aufrechnen oder von ihm geschuldete Leistungen zurückbehalten, wenn seine Gegenansprüche unbestritten oder rechtskräftig festgestellt worden sind.

## 5 Kündigung des Vertrages

Der Ausbildungsvertrag kann vom Fahrschüler jederzeit, von der Fahrschule nur in den nachstehend genannten Fällen gekündigt werden:

Wenn der Fahrschüler

- a) trotz Aufforderung und ohne triftigen Grund nicht innerhalb von 4 Wochen seit Vertragsabschluss mit der Ausbildung beginnt oder er diese um mehr als 3 Monate ohne triftigen Grund unterbricht,
- b) den theoretischen oder den praktischen Teil der Fahrerlaubnisprüfung nach jeweils zweimaliger Wiederholung nicht bestanden hat.
- c) wiederholt oder gröblich gegen Weisungen oder Anordnungen des Fahrlehrers verstößt.

## Textform der Kündigung

Eine Kündigung des Ausbildungsvertrages ist nur wirksam, wenn sie in Textform erfolgt.

## 6 Gebühren und Entgelte bei Vertragskündigung

Wird der Ausbildungsvertrag gekündigt, so hat die Fahrschule Anspruch auf das Entgelt für die erbrachten Fahrstunden und eine etwaig erfolgte Vorstellung zur Prüfung.

Kündigt die Fahrschule ohne wichtigem Grund oder der Fahrschüler, ohne durch ein vertragswidriges Verhalten der Fahrschule veranlasst zu sein (siehe Ziffer 5), steht der Fahrschule folgendes Entgelt zu:

- a) 1/3 des Grundbetrages, wenn die Kündigung vor Beginn der theoretischen Ausbildung erfolgt;
- b) 2/3 des Grundbetrages, wenn die Kündigung innerhalb von 6 Wochen nach Ausbildungsbeginn erfolgt;
- c) der volle Grundbetrag wenn die Kündigung später als 6 Wochen nach Ausbildungsbeginn erfolgt. Kündigt die Fahrschule ohne wichtigen Grund oder der Fahrschüler weil er hierzu durch ein vertragswidriges Verhalten der Fahrschule veranlasst wurde, steht der Fahrschule der Grundbetrag nicht zu. Eine Vorauszahlung ist zurückzuerstatten.

## 7 Einhaltung vereinbarter Termine

Fahrschule, Fahrlehrer und Fahrschüler haben dafür zu sorgen, dass vereinbarte Fahrstunden pünktlich beginnen. Fahrstunden beginnen und enden grundsätzlich an der Fahrschule. Wird auf Wunsch des Fahrschülers davon abgewichen, wird die aufgewendete Fahrzeit zum Fahrstundensatz berechnet. Hat der Fahrlehrer den verspäteten Beginn einer Fahrstunde zu vertreten oder unterbricht er den praktischen Unterricht, so ist die ausgefallene Ausbildungszeit nachzuholen oder gutzuschreiben. Wartezeiten bei Verspätung Verspätet sich der Fahrlehrer um mehr als 15 Minuten, so braucht der Fahrschüler nicht länger zu warten.

Hat der Fahrschüler den verspäteten Beginn einer vereinbarten praktischen Ausbildung zu vertreten, so geht die ausgefallene Ausbildungszeit zu seinen Lasten. Verspätet er sich um mehr als 15 Minuten, braucht der Fahrlehrer nicht länger zu warten. Die vereinbarte Ausbildungszeit gilt dann als ausgefallen (Ziffer 3b, Abs. 2).

## Ausfallentschädigung

Die Ausfallentschädigung für die vom Fahrschüler nicht wahrgenommene Ausbildungszeit beträgt auch in diesem Falle drei Viertel des Fahrstundenentgeltes. Dem Fahrschüler bleibt der Nachweis vorbehalten, ein Schaden sei nicht oder in wesentlich geringerer Höhe entstanden.

## 8 Ausschluss vom Unterricht

Der Fahrschüler ist vom Unterricht auszuschließen:

- a) wenn er unter dem Einfluss von Alkohol oder anderen berauschenden Mitteln steht;
- b) wenn anderweitig Zweifel an seiner Fahrtüchtigkeit begründet sind.

## Ausfallentschädigung

Der Fahrschüler hat in diesem Fall ebenfalls als Ausfallentschädigung drei Viertel des Fahrstundenentgeltes zu entrichten. Dem Fahrschüler bleibt der Nachweis vorbehalten, ein Schaden sei nicht oder in wesentlich geringerer Höhe entstanden.

## 9 Behandlung von Ausbildungsgerät und Fahrzeugen

Der Fahrschüler ist zur pfleglichen Behandlung der Ausbildungsfahrzeuge, Lehrmodelle und des sonstigen Anschauungsmaterials verpflichtet.

## 10 Bedienung und Inbetriebnahme von Lehrfahrzeugen

Ausbildungsfahrzeuge dürfen nur unter Aufsicht des Fahrlehrers bedient oder in Betrieb gesetzt werden. Zuwiderhandlungen können Strafverfolgungen und Schadensersatzpflicht zur Folge haben.

## Besondere Pflichten des Fahrschülers bei der Krafradausbildung

Geht bei der Krafradausbildung oder -prüfung die Verbindung zwischen Fahrschüler und Fahrlehrer verloren, so muss der Fahrschüler unverzüglich (geeignete Stellen) anhalten, den Motor abstellen und auf den Fahrlehrer warten. Erforderlichenfalls hat er die Fahrschule zu verständigen. Beim Verlassen des Fahrzeugs hat er dieses ordnungsgemäß abzustellen und gegen unbefugte Benutzung zu sichern.

## 11 Abschluss der Ausbildung

Die Fahrschule darf die Ausbildung erst abschließen, wenn sie überzeugt ist, dass der Fahrschüler die nötigen Kenntnisse und Fähigkeiten zum Führen eines Kraftfahrzeuges besitzt (§ 6 Fahrlehrergesetz). Deshalb entscheidet der Fahrlehrer nach pflichtgemäßem Ermessen über den Abschluss der Ausbildung (§ 6 Fahrschüler-Ausbildungsordnung).

## Anmeldung zur Prüfung

Die Anmeldung zur Fahrerlaubnisprüfung bedarf der Zustimmung des Fahrschülers; sie ist für beide Teile verbindlich. Erscheint der Fahrschüler nicht zum Prüfungstermin, ist er zur Bezahlung des Entgelts für die Vorstellung zur Prüfung und verauslagter oder anfallender Gebühren verpflichtet.

## 12 Erfüllungsort

Erfüllungsort ist der Sitz der Fahrschule.

## Gerichtsstand

Hat der Fahrschüler keinen allgemeinen Gerichtsstand im Inland, oder verlegt er nach Vertragsabschluss seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthaltsort aus dem Inland, oder ist der gewöhnliche Aufenthaltsort des Fahrschülers keinen allgemeinen Gerichtsstand im Inland oder verlegt er nach Vertragsabschluss seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthaltsort aus dem Inland, oder ist der gewöhnliche Aufenthaltsort zum Zeitpunkt der Klageerhebung nicht bekannt, so ist der Sitz der Fahrschule der Gerichtsstand.

## 13 Hinweis

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wurde in diesem Text auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

Stand 01.10.2019

Hochstiftfahrschule CORBAN

Barkhäuserstr. 32

33142 Büren